

Pressemitteilung

Politische Bildung - jetzt mehr denn je!

Dresden, 13. Juni 2024. Die Ergebnisse der Europawahl 2024 sollten ein Weckruf für viele Akteure der bildungspolitischen Arbeit sein. Dass eine Partei, welche in mehreren Bundesländern bereits als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, als deutschlandweit zweitstärkste Partei aus der Wahl herausgeht, ist bereits schockierend genug. Wirklich interessant ist es allerdings, die Wahl in Bezug auf den Bildungsstatus der Menschen zu betrachten. So wählten Menschen mit niedriger und mittlerer Bildung sehr viel häufiger die AfD als Menschen mit hohem Bildungsgrad. Dies zeigt wieder einmal die Notwendigkeit einer der Themen, die der LandesSchülerRat Sachsen seit Jahren fordert: das Ausbauen von politischer Bildung an Schulen.

»Im Unterricht bietet sich die Möglichkeit, Demokratie für alle Kinder und Jugendliche verständlich zu erklären. Schüler*innen sollten hier ein demokratisches Wertesystem und eine historisch-politische Urteilsfähigkeit entwickeln können, die für ein demokratisches Leben notwendiges Wissen und Fähigkeiten vermittelt bekommen und ermutigt werden an der Gesellschaft teilzunehmen. Politische Bildung ist nicht werteneutral. Sie steht auf dem Fundament der Werte der Demokratie, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der offenen vielfältigen Gesellschaft«, erklärt Amy KIRCHHOFF, Vorsitzende des LandesSchülerRat Sachsen.

Themen wie internationale Beziehungen, Medienbildung und eine kritische Erinnerungskultur dürfen nicht nur Wahlbereichsthemen sein, sondern müssen fest in den Lehrplan verankert werden. Außerdem sollen sich Schüler*innen mit dem Umgang mit der pluralistischen Gesellschaft auseinandersetzen, insbesondere mit der Rolle der Minderheiten in dieser. Auch die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und das gesellschaftliche Problem der Queerfeindlichkeit muss fest in den Lehrplan aufgenommen werden.

Um Schüler*innen Politik und Demokratie nahezulegen, ist es wichtig, gute Schüler*innenpartizipation zu betreiben. »Die Mitsprache von Schüler*innen bei der Unterrichtsgestaltung und -organisation, sowie dessen Inhalte, sollten deshalb Grundsätze des Schulsystems sein. Auch die Schüler*innenmitbestimmung muss ausgebaut und unterstützt werden. Dass es immer noch Schulen gibt, an denen es keine aktive Schüler*innenvertretung gibt, ist eindeutig inakzeptabel«, erklärt KIRCHHOFF weiterhin.

Ebenso wichtig ist es, außerunterrichtliche Einrichtungen mit dem Unterricht zu kombinieren. So ist ein kostenfreier Besuch von Gedenkstätten, Parlamentsbesuchen und Planspielen wichtig, um Jugendlichen hautnahe Demokratiebildung zu ermöglichen. Damit Jugendlichen der Prozess des Wählens näher gelegt wird, ist es ebenso notwendig, Jugendwahlen anlässlich der Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen durchzuführen.

»Schüler*innen dürfen nicht mehr einfach nur Daten zum Auswendiglernen vorgesetzt werden. Besonders relevant ist es, dass über Sachverhalte gesprochen, ein Raum für Debatten ermög-

licht wird und das in jedem Fach, denn politische Bildung ist Aufgabe aller«, ergänzt KIRCHHOFF. Schüler*innen müssen in der Lage sein, sich eine Meinung zu bilden und diese auch in Diskussionen zu verteidigen. Hierbei muss vor allem die politische Bildung mit der historischen Bildung verknüpft werden, um die Grundsätze von Demokratie zu verstehen und letztendlich aus unserer Geschichte zu lernen.